

«Notfalls muss ich Ältere entlassen»

Der Kanton Luzern stockt die Härtefallhilfe für Unternehmen auf. Betroffene Firmen warten sehnlichst auf verbindliche Angaben und das Geld, wie das Beispiel der Willisauer Hunziker AG zeigt.

Alexander von Däniken

Normalerweise stehen immer irgendwo Zelte und Tribünen der Hunziker AG; ob bei einem Rockkonzert, einem Schwingfest, der Luga oder beim WEF. Doch die Zeiten sind für das Willisauer Traditionsunternehmen seit einem Jahr nicht normal. Das Material dekoriert die 11 000 Quadratmeter grosse Lagerhalle, die 50 Angestellten erhalten seit April letzten Jahres nur noch 80 Prozent Lohn aus der Kurzarbeitsentschädigung.

«Ihr bekommt doch Milliarden vom Bund!» Wegen dieses Satzes hat Roland Küng, CEO der Hunziker AG, eine gute Freundschaft beendet. Küng sagt, im letzten Frühling habe er einen Covid-Kredit erhalten, den er zurückzahlen muss. Auf die eigentliche Härtefallhilfe von Bund und Kanton warte er aber noch immer. Diese brauche er dringend.

Hohe Rechnungen flatterten ins Haus

Allein im Dezember trudelten Rechnungen von rund einer halben Million Franken ein: Fahrzeug- und Verkehrssteuern, obwohl die Lastwagen nicht mehr eingelöst sind, oder von der Suva. Unternehmerkollegen sagen laut Küng, sie würden erst wieder ordentliche Steuern zahlen, wenn sie staatliche Unterstützung erhalten haben. Andere würden sich ernsthaft überlegen, Insolvenz anzumelden. Viele Patrons hätten ihr ganzes Kapital in die Firma gesteckt und bangen um ihre Existenz. Und Küng? Er macht alles, um sich und seinen Angestellten eine Zukunft zu ermöglichen.

Noch vor einem Jahr habe die Firma 70 Angestellte ge-

zählt, sagt Roland Küng. Gekündigt habe er sechs Mitarbeitern. Die anderen 14 seien von sich aus gegangen. Auf den Bau, wo es immer Arbeit gebe. «Das kann ich gut verstehen.» Bei der Kurzarbeit hat sich die Geschäftsleitung überlegt, dass die Firma die 20 Prozent Lohneinbusse der Angestellten übernimmt. Sie tat es mit Blick auf die Dauer der Krise nicht. Das Übernehmen der Lohndifferenz für 70 Angestellte hätte die Firma in einem Jahr etwa eine Million Franken gekostet.

Rund 80 Prozent Umsatzeinbusse hat die Hunziker AG 2020 verzeichnet. Im letzten Frühling hat sie einen Covid-Kredit des Bundes erhalten. Und kräftig gespart. «Mehr liegt nicht drin», sagt CEO Küng. Die Aussichten sehen nicht gut aus. Die meisten Veranstaltungen bis Ende November seien bereits abgesagt. Was das Unternehmen jetzt braucht, sind Unterstützung und Perspektiven. Seit dem 4. Februar zahlt der Kanton Luzern Härtefallgelder aus. Küng weiss nur, dass das Gesuch für vollständig erklärt worden ist. «Ich muss wissen, wann ich wie viel erhalte und wie viel ich davon zurückzahlen muss.»

«Ich muss wissen, wann ich wie viel erhalte und wie viel ich davon zurückzahlen muss.»

Roland Küng
CEO Hunziker AG

Roland Küng will nicht polemisch wirken. Er will aufzeigen und unbedarfte Sätze verhindern, die Freundschaften gefährden. Dass die Luzerner Regierung die Härtefallhilfe um 22 Millionen Franken aufstocken will, sei richtig. Dass es wegen des fakultativen Referendums bis zur Auszahlung lange geht, sei verständlich. Dass die A-fonds-perdu-Anteile erhöht und flexibler auf die Bedürfnisse der Firmen zugeschnitten werden, sei absolut notwendig.

Ungleichbehandlung zehrt an den Nerven

Nur zehre es an den Nerven, wenn durch eine Ungleichbehandlung behördlich geschlossenen Betrieben seit Januar unkompliziert geholfen wird. 40 Millionen Franken hat die Luzerner Regierung dafür gesprochen, die Firmen müssen die Beiträge nicht zurückzahlen. Es sei mühsam, wenn zumindest bei der noch heute geltenden Regelung ein Reisebüro mit fünf Angestellten einen gleich hohen A-fonds-perdu-Anteil erhält wie die Hunziker AG mit ungleich höheren Fixkosten. «Für all das habe ich Verständnis und ich will nichts gegeneinander ausspielen», betont Küng.

Nur: Die Ungewissheit sei da. Küng betont, er kämpfe dafür, niemanden entlassen zu müssen. Und wenn, dann sollten es jüngere Leute sein mit guten Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Normalerweise. Gehe diese Situation aber so weiter, sagt Küng, «werde ich notfalls ältere Angestellte entlassen müssen». Nur so könnten genügend Personalkosten eingespart werden, um das Unternehmen zu retten. Ein Unternehmen, an dem Dutzende Existenzen hängen.



CEO Roland Küng auf dem Areal des Festzeltbauers Hunziker.

Bild: Manuela Jans-Koch (Willisau, 19. Februar 2021)

Durchgangsbahnhof: Bern beschwichtigt Luzern

Das Jahrhundertbauwerk soll als Ganzes realisiert werden, so der Bundesrat. Dennoch ist das Projekt nicht in trockenen Tüchern.

Es war folgende Passage in einem Beiblatt zum Sachplan Verkehr des Bundes, der in Luzern Irritationen auslöste: «Nach der aktuellen Planung wird in einer ersten Etappe ein Tiefbahnhof Luzern als Kopfbahnhof unter dem heutigen Bahnhof Luzern erstellt. Die Zufahrt erfolgt ab Ebikon mit einem neuen 3,5 km langen Doppelspurtunnel unter dem Seebecken hindurch. Dies ermöglicht in einer zweiten Etappe die Fertigstellung des Durchgangsbahnhofs [...]», heisst es darin. Bei Kanton und Stadt Luzern sorgte das für wenig Freude (Ausgabe vom 16. Dezember). «Eine Etappierung des Durchgangsbahnhofs lehnen wir klar ab», schrieb etwa Baudirektor Fabian Peter (FDP) in

einer Stellungnahme. Der Stadtrat doppelte nach: «Der Durchgangsbahnhof soll als ein Projekt gesamthaft möglichst rasch realisiert werden.»

Auch Bundespolitiker reagierten: Nationalrat Michael Töngi (Grüne) und Ständerat Damian Müller (FDP) reichten je eine Interpellation zum Thema ein. Nun liegen die Antworten des Bundesrats vor. Und diese fallen aus Luzerner Sicht positiv aus: «Die Arbeiten sind so aufgegleist, dass sie die Projektierung und den Bau des Durchgangsbahnhofs Luzern insgesamt und in einem Stück vorsehen.» Die Landesregierung bestätigt damit eine Aussage des Bundesamts für Verkehr (BAV), das infolge der Reaktionen aus Luzern bereits Ende 2020 ver-

lauten liess, dass eine Etappierung des Durchgangsbahnhofs derzeit kein Thema sei.

Wird zuerst von Ebikon her gebaut?

Es handelt sich also um ein Gesamtprojekt und nicht, wie befürchtet, um zwei Teilprojekte. Allerdings müsse, wie bei allen Grossprojekten, «eine bauliche Realisierungsabfolge geplant werden», führt der Bundesrat in seiner Stellungnahme aus. «Naheliegender ist, von Ebikon her zu bauen und realisierbare Teile möglichst frühzeitig in Betrieb zu nehmen, um möglichst schnell verkehrlichen Nutzen zu schaffen.» Heisst das, dass während der Bauzeit bereits Züge aus der Richtung Ebikon im Tiefbahnhof halten werden? Ge-

nauere Aussagen dazu seien noch nicht möglich, schreibt das BAV auf Anfrage. Dies sei Gegenstand der laufenden Planungen. Ergebnisse lägen voraussichtlich Ende 2022 vor.

Gegen eine baulich bedingte etappierte Inbetriebnahme haben der Kanton sowie die Stadt Luzern nichts, wie sie Ende 2020 schrieben. Zentral sei, dass das Projekt als Ganzes begonnen und nicht ein Teil davon auf später verschoben werde. Folglich sind die Reaktionen auf die Stellungnahme zur Interpellation nun positiv. «Wir sind mit der Antwort des Bundesrates zufrieden und danken für die nachvollziehbare Klärung», schreibt Deborah Arnold, Co-Leiterin Stadtplanung. Auch der Kanton begrüsst die Stellungnahme, wie

Judith Setz, stellvertretende Leiterin Kommunikation des Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartements, schreibt.

Im Jahr 2026 gilt es ernst

Den definitiven Entscheid, ob und wie der Durchgangsbahnhof erstellt wird, fällt jedoch das eidgenössische Parlament im Jahr 2026, wenn der nächste Bahn-Ausbauschritt zur Diskussion steht. 2019 hat es in einem ersten Schritt die Projektierungskosten genehmigt. Der Kampf um das Grossprojekt ist daher noch nicht gewonnen. Folglich betonen Kanton sowie Stadt, dass sie sich weiterhin dafür einsetzen wollen, dass der Durchgangsbahnhof als Gesamtprojekt geplant wird.

Für die Realisierung des Projekts wird mit Gesamtkosten von rund 2,4 Milliarden Franken gerechnet. Die Bauzeit dürfte zehn Jahre betragen. Läuft alles nach Plan, wäre die Fertigstellung im Jahr 2040 denkbar.

Ein Detail am Rande: Eine Etappierung des Durchgangsbahnhofs stiess beim Kanton Luzern nicht immer auf Ablehnung. 2018 schlug er im Vorfeld der Debatte über den nächsten Ausbauschritt selbst eine Etappierung vor. Der Kanton wollte, dass in diesem Ausbauschritt nicht nur die Planung, sondern bereits ein Teil der Realisierung genehmigt wird. Diese Maximalforderung kam dann aber nicht durch.

Stefan Dähler